
Newsletter September 2013

Editorial.....	S. 1
Veranstaltungen des NS-Dokumentationszentrums.....	S. 2
Tagung	S. 4
Weitere Veranstaltungen.....	S. 5
Hinweise und Mitteilungen.....	S. 9
Veröffentlichungen.....	S. 12
Am rechten Rand.....	S. 14
Neu in der Bibliothek.....	S. 16
Impressum.....	S. 17

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

am 22. September ist Bundestagswahl und mehr als 20 Parteien und Vereinigungen werden sich dem Votum der Wählerinnen und Wähler stellen. Darunter finden sich auch rechtsextreme Organisationen wie die NPD oder „Die Rechte“ (die nur in NRW eine Liste beim Landeswahlausschuss eingereicht hatte) und auch die „Bürgerbewegung pro Deutschland“, die sich selbst als „rechtspopulistisch“ bezeichnet.

Die rassistischen Organisationen setzen vor allem auf das Thema Asyl und Migration. Davon betroffen sind insbesondere zugewanderte Roma. In Duisburg gibt es schon lange Streit um einen überbelegten Wohnblock, der als „Brennpunkt“ gilt. Die Schuld dafür wird den Bewohnern in die Schuhe geschoben. Im Internet, aber auch vor Ort werden deutliche Drohungen ausgestoßen.

Nicht nur in Duisburg, sondern bundesweit werden Sinti und Roma diffamiert. „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ oder „Zigeunerflut stoppen!“ heißt es auf Plakaten und Flugblättern extrem rechter Organisationen. In einer Pressemitteilung weist der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma darauf hin, dass dort „in den letzten Tagen hunderte von Anrufen besorgter Sinti- und Roma-Familien aus ganz Deutsch-

land“ eingegangen seien. Diese öffentliche Aufhetzung löse bei den älteren Menschen, die den Holocaust überlebt haben, wieder massive Ängste aus, erklärte der Zentralratsvorsitzende Romani Rose.

Die Diskriminierung zeigt sich im Wahlkampf besonders deutlich, ist für viele Angehörige der Minderheit jedoch alltäglich. Beispiele gibt es genug. Einige davon werden wir auf einer Tagung thematisieren, die am 27. September im EL-DE-Haus stattfindet. Hier geht es hauptsächlich um den Bereich Sport (S. 4). Ich bin sicher, dass die Veranstaltung auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion für Sie von Interesse ist und würde mich freuen, Sie dort begrüßen zu dürfen.

Neuigkeiten gibt es aus der Mobilen Beratung: Ab sofort ist dort Patrick Fels der Hauptansprechpartner, den Sie über die Nummer 0221-221 27162 oder unter der bekannten E-Mail-Adresse ibs@stadt-koeln.de erreichen können. Hendrik Puls wird jedoch weiterhin bei uns tätig sein.

Hans-Peter Killguss

Leiter der Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus



Was geschah im EL-DE-Haus?

Donnerstag, 5. September, 17 Uhr, EL-DE-Haus

Die jungen Teilnehmer werden auf den Besuch der Gedenkstätte Gestapo-Gefängnis vorbereitet. Wir erzählen euch die Geschichte des EL-DE-Hauses und ihr erfahrt, wie die Gestapo gearbeitet hat und welche Personengruppen im Gefängnis eingesperrt waren. In der Gedenkstätte selbst betrachten wir die Inschriften und es wird berichtet, was über das Schicksal einzelner Häftlinge bekannt ist.

Treffpunkt: Kasse, **Eintritt frei** für Kölner Bürger, keine Führungsgebühr

Leitung: Barbara Kirschbaum

Am gleichen Tag findet um 18.30 Uhr eine Führung durch das EL-DE-Haus mit dem Schwerpunkt Gestapogefängnis und Ausstellung „Köln im Nationalsozialismus“ mit Oliver Meißner statt. **Treffpunkt:** Kasse, **Eintritt frei** für Kölner Bürger, keine Führungsgebühr

„Jenseits des Guten und Schönen: Unbequeme Denkmale?“

Tag des offenen Denkmals, Sonntag, 8. September, 11 bis 18 Uhr, EL-DE-Haus

Das EL-DE-Haus wurde 1934/35 ursprünglich als Wohn- und Geschäftshaus errichtet. Im Sommer 1935 ließ die Gestapo das Gebäude für ihre Zwecke umbauen. Vom 1. Dezember 1935 bis zum 2. März 1945 (wenige Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in der Stadt) arbeitete die Gestapostelle Köln in diesen Räumen. Die Baugeschichte des EL-DE-Hauses steht im Zentrum der Führungen, vor allem die Nutzung durch die Gestapo in den Jahren 1935 bis 1945 und besonders das Gestapo-Gefängnis mit den Wandinschriften der Inhaftierten. Es wird deutlich, welche Aussagekraft dieses „unbequeme Denkmal“ hat und wie wichtig es für eine Gesellschaft ist, auch die „dunklen“ Seiten der Geschichte wahrzunehmen.

Führungen durch die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NS-DOK:

11 Uhr: Dr. Thomas Roth

12 Uhr: Dr. Jürgen Müller

13 Uhr: Dr. Martin Rüter

14 Uhr: Dr. Barbara Becker-Jákli

15 Uhr: Dr. Werner Jung

16 Uhr Familienführung: Was geschah im EL-DE-Haus? Für Familien mit Kindern ab zehn Jahren (Azziza Malanda)

17 Uhr: Dr. Karola Fings

Eintritt: frei

Treffpunkt: Kasse

Ein Sperrriegel gegen das Vergessen. Die „Schwarze Reihe“ und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus.

Ein Bericht aus der Praxis, Donnerstag, 12. September, 19 Uhr, EL-DE-Haus



Im Laufe von 35 Jahren hat der Historiker Walter H. Pehle als Lektor im S. Fischer Verlag mehr als 250 Bände über die NS-Zeit betreut. Die 1977 von ihm

begonnene Buchreihe wurde unter dem Titel „Schwarze Reihe“ im Inland und bald auch im Ausland bekannt. Raul Hilberg hat sie einmal als „die weltweit größte Buchreihe zum Thema Nationalsozialismus“ bezeichnet.

Am Anfang standen das Nürnberger Tagebuch des US-Gerichtspsychologen Gustave M. Gilbert, das Buch zur Fernsehserie „Holocaust. Eine Nation ist betroffen“ und Jörg Friedrichs „Die kalte Amnestie“. Es folgten u.a. die vielen Bücher von Ernst Klee und Wolfgang Benz und – als Schlussstein – Raul Hilbergs dreibändige Taschenbuchkassette „Die Vernichtung der europäischen Juden“ (1990). Später kam die Subreihe „Lebensbilder“ mit jüdischen Erinnerungen und Zeugnissen hinzu.

Pehle spricht über seine Erfahrungen als Lektor und Herausgeber dieser Reihe, seine Rolle als „Aufklärer“, „Anreger“, aber auch „Verhinderer“, und zeigt anhand von Beispielen, wie er bei der Entwicklung der Buchreihe vorgegangen ist.

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro

Denkmal für ermordete Zwangsarbeiter

Einweihung, Samstag, 14. September, 15 Uhr, Köln-Ossendorf

In Köln-Ossendorf wurden 1942 und 1943 an der damaligen Kiesgrube Breuer auf Veranlassung der Kölner Gestapo junge Männer erhängt, die als Zwangsarbeiter in Köln arbeiten mussten. Sie starben vor den Augen der Bevölkerung und vieler Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die gezwungen wurden, sich zur Abschreckung diese Morde anzusehen. Dank der Initiative des Ossendorfer Bürgers Hans Klein, der Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus und des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln sowie zahlreicher Spenden wird siebzig Jahre nach diesen Verbrechen ein Gedenkstein eingeweiht.

Programm: Josef Wirges (Bezirksbürgermeister Köln-Ehrenfeld) und Dr. Werner Jung (Direktor des NS-Dokumentations-

zentrums der Stadt Köln), Angelika Lehn-dorff-Felsko (Projektgruppe Messelager im Verein EL-DE-Haus), Kinder der Schule Wilhelm-Schreiber-Straße mit Ludwig Sebus sowie weitere Musikbeiträge.



Veranstalter: Bezirksbürgermeister Köln-Ehrenfeld, NS-DOK der Stadt Köln

Ort: Hermann-Josef-Schmitt-Straße (Grünfläche hinter der KGS Wilhelm-Schreiber-Straße)

Treffpunkt: Hermann-Josef-Schmitt-Straße

Der Prozess – Adolf Eichmann vor Gericht

Führung durch die Sonderausstellung, Sonntag, 15. September, 14 Uhr, EL-DE-Haus



Ein Prozess als Medienereignis: Der Prozess gegen Eichmann wurde von einem amerikanischen Dokumentarfilmer in Bild und Ton festgehalten. So hatten auch deutsche Fernsehzuschauer die Möglichkeit, sich über

den Prozess eine eigene Meinung zu bilden. Sie wurden Zeuge, wenn Eichmann jegliche

Schuld von sich wies und Überlebende des Vernichtungslagers Auschwitz von den Gräueltaten im Lager berichteten. In der Ausstellung werden Original-Filmaufnahmen gezeigt, die ein ebenso differenziertes wie emotionales Bild vom Prozess vermitteln.

Ort: EL-DE-Haus

Eintritt: 4,50 Euro, erm. 2 Euro,
Keine Führungsgebühr

Treffpunkt: Kasse

Leitung: Oliver Meißner

Das Jüdische Köln – Sichtbares und Verborgenes

Führung, Sonntag, 29. September, 15 Uhr, Köln-Innenstadt

Der Rundgang führt vom einstigen Gestapo-Hauptquartier am Appellhofplatz zur ehemaligen Hauptsynagoge in der Glockengasse. Er folgt den Spuren des Judentums in Köln bis 1933 und der dann einsetzenden systematischen Verfolgung. Anhand von Gebäuden, Personen und Geschichten erkunden wir die Vielfalt des Kölner Judentums in Vergangenheit und Gegenwart.

Aaron Knapstein ist Mitglied der Jüdischen Liberalen Gemeinde Köln und Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums. Sein Schwerpunkt ist die Recherche von sogenannten „Stil-

len Helden“ – nichtjüdische Kölnerinnen und Kölner, die Juden während der NS-Zeit unterstützt und gerettet haben.

Treffpunkt: Kasse des NS-Dokumentationszentrums

Gebühr: 6 Euro



We are Champions, too! Roma und Sinti im Sport **Freitag, 27. September 2013, 10 Uhr, EL-DE-Haus**



Der Sport bietet vielfältige Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Inklusion von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Gleichzeitig ist der Sport aber ein Bereich, in dem sich Rassismus und Antiziganismus in unterschiedlichen Dimensionen entfalten. Sie reichen von weit verbreiteten Vorurteilen über neonazistische Hetzparolen bis hin zur Gewalt. Welche Wechselwirkungen zwischen der Mitte der Gesellschaft und dem „rechten Rand“ finden sich im Sport? Welche Ausgrenzungsmechanismen gegen die Minderheit werden sichtbar, und was sind die Hintergründe? Wie gehen Minderheiten damit um? Welche positiven Vorbilder gibt es im Sport, und welche Funktion kann er für die Identitätsbildung und Selbstbehauptung von Sinti und Roma einnehmen? Diese und andere Fragen sollen auf der Tagung diskutiert werden. Die Veranstaltung richtet sich an MultiplikatorInnen aus Sport, Vereinen, Schulen, Politik, Verwaltung, Bildungs-, Sozialarbeit, Wissenschaft, Medien und an die interessierte Öffentlichkeit.

Programm

9.30 Anreise, Anmeldung, Stehcafe

10.00 Impulsreferat

Sport und Minderheiten in Deutschland.
Überlegungen
zu einer verdrängten Geschichte.
Prof. Dr. Diethelm Blecking

12.30 Mittagspause

13.30 Workshops

1.) Sinti und Roma im Sport –
vom Outing zum Vorbild.
Andrzej Bojarski

2.) Rechtsextremismus, Rassismus
und Antiziganismus
in deutschen Stadien.
Ronny Blaschke

3.) Wir boxen uns durch! Neues Selbstbewusstsein von Sinti- und Roma-Jugendlichen.
Praxisberichte.
Oswald Marshall, Sami Dzemailovski

16:00 Uhr Ende

Veranstalter: NS-Dokumentationszentrum in Kooperation mit Rom e.V., Melanchthon-Akademie und Deutsche Sportjugend

Tagungsort: NS-Dokumentationszentrum/EL-DE-Haus, Appellhofplatz 23-25, 50667 Köln

Eintritt: frei

Organisation/Anmeldung:

Um eine verbindliche Anmeldung bis zum 18. September 2013 per Brief, E-Mail oder Fax wird gebeten:

ibs@stadt-koeln.de

Telefax: 0221/221-25512

Ansprechpartner: Hans-Peter Killguss



ibs
Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
im NS-DOK der Stadt Köln



„Keine Alternative für Deutschland!“

Vortrag, Donnerstag, 5. September 2013, 19 Uhr, DGB-Haus



Der ver.di Arbeitskreis Antifaschismus – Antidiskriminierung und die VVN Köln laden ein zu einer Veranstaltung über die politischen Hintergründe der „Alternative für Deutschland“ (AfD): „Scheinbar aus dem Nichts entstanden, sorgt die AfD als neue rechte Partei für Schlagzeilen. Mit ihrem dürftigen Wahlprogramm tritt sie nach außen als Einpunktbewegung gegen die Euro-Politik der Bundesregierung an.“

Tatsächlich ist die AfD aber lange vor den Debatten um ‚Europäische Schutzschirme‘ geplant worden. Deren Volkswirtschaftsprofessoren hatten bereits 2005 nach den Hartz-IV-Gesetzen weitere Einschnitte ins soziale Netz gefordert. Auch in der Bildungs-, Familien- und Einwanderungspolitik scheint die AfD sozial

ausgrenzende Positionen zu beziehen. Zusammen mit dem rechtskonservativen Netzwerk Zivile Koalition/BürgerKonvent fordern sie unternehmergerechte „Reformen der politischen Entscheidungsstruktur“.

Während Vertreter der AfD vor kurzem noch die Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose oder gleich des ganzen Parlamentes forderten, sehen sie aktuell in der ‚Direkten Demokratie‘ eine elegantere Möglichkeit, sozialelektive Demokratie umzusetzen.

Unser Referent Andreas Kemper ist Autor eines aktuellen Buches zur AfD (Rechte Euro-Rebellion) und forscht und publiziert zu den Themen Klassendiskriminierung, organisierter Antifeminismus und Sarrazin.

Über die Entstehungsgeschichte und die politischen Forderungen der AfD sowie den Umgang damit kann nach dem Vortrag diskutiert werden.

Righting the image

Ausstellung, bis 7. September 2013, Zentralbibliothek Köln

Die in Köln lebende Autorin und bildende Künstlerin Tanya Ury setzt sich in ihren Texten, Fotografien, Installationen, Performances und Videoarbeiten auf vielfältige Weise mit Fragen der jüdisch-deutschen Identität, nach dem Umgang der deutschen Gesellschaft mit ihrer Geschichte, der Rolle subalterner Frauen vor den Hintergründen von Migration und Rassismus auseinander.

Neben ihren „Bildgedichten“, die eine Form der Konkreten Poesie darstellen, zeigt die Ausstellung eine Werkauswahl, die Urys großes Repertoire künstlerischer Ausdrucksformen dokumentiert und visualisiert.

Tanya Ury studierte Bildende Kunst am Exeter College (Großbritannien) von 1985 bis 1988. Als Master of Fine Art graduierte sie 1990 an der Universität Reading. Von 1991 bis 1992 war sie Gastdozentin an der Sheffield Hallam University. Seit 2010 ist Ury Doktorandin an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät, Institut für

Kulturwissenschaften, Universität Leiden (Niederlande). In Köln lebt und arbeitet sie seit 1993. Hier war auch der Großteil ihrer Familie ansässig, bevor sie wegen ihrer jüdischen Herkunft ins Londoner Exil floh.

Kuratorin: Dr. Gabriele Ewenz (LiK)

Ort: Ausstellung in der Literaturwelt der 2. Etage, Zentralbibliothek,

Öffnungszeiten:

Dienstag und Donnerstag, 10 bis 20 Uhr

Mittwoch und Freitag, 10 bis 18 Uhr

Samstag, 10 bis 15 Uhr



Was glaubst du denn?

Ausstellungseröffnung, 6. September 2013, 12 Uhr Willy-Brandt-Gesamtschule



Die Bundeszentrale für politische Bildung und das Bundesministerium des Innern präsentieren eine neue Wanderausstellung für Schulen: „Was glaubst du denn?!

Muslims in Deutschland' ist der Titel der Ausstellung, die die Facetten des Alltags von Muslimas und Muslimen in Deutschland zeigt. Religiosität ist nur einer von vielen Aspekten, die im Leben junger Menschen wichtig sind. Entsprechend versteht sich die Ausstellung nicht, beziehungsweise nicht in erster Linie, als Ausstellung über eine – ohnehin nicht fest abgrenzbare – gesellschaftliche Gruppe. Vielmehr geht es um individuelle Lebensgestaltung und gesellschaftliches Zusammenleben.

Vom 9. September bis zum 15. Oktober steht die Ausstellung dann in der Willy-Brandt-Gesamtschule allen Schulen für einen Besuch zur Verfügung – der Eintritt ist kostenfrei. Die Eröffnung findet am Freitag, den 6. September um 12 Uhr statt.

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat pädagogische Begleitmaterialien konzipiert.“

Weitere Informationen:

www.wasglaubstdudenn.de

Ausstellungsort:

Willy-Brandt-Gesamtschule

Weidenbruch 214

51061 Köln

<http://www.wbgs-koeln.de/>

Verfolgung und Widerstand in Ehrenfeld 1933 – 1945

Geocaching, Samstag, 7. September 2013, 14 Uhr, Ehrenfeld

Das Bündnis „Keine Stimme für Nazis“ lädt ein: „Ehrenfeld, heute ein hipper junger Boomstadtteil mit immer weiter steigenden Mieten, war früher ein stark industriell geprägtes Viertel, in dem viele Arbeiter_innen lebten und in dem es ein lebendiges jüdisches Leben gab. In der Zeit zwischen der Machtübertragung an die Hitlerpartei und der Befreiung vom Faschismus im März 1945 war es Schauplatz von Verfolgung und Unterrückung, aber auch von mutigen Handlungen der Solidarität,... der Weigerung sich dem Regime der Menschenfeindlichkeit anzupassen und des Widerstandes.

Die jüdischen Menschen wurden verfolgt, viele derer, denen die rechtzeitige Flucht ins rettende Exil nicht gelang, ermordet, genau wie Sinti und Roma, von denen viele in Ehrenfeld wohnen.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion gab es riesige Zwangsarbeiterlager im Ehrenfelder Industriegebiet, in denen Menschen, die aus dem Ausland verschleppt worden waren sowie Kriegsgefangene als Arbeitssklaven gefangen gehalten wurden. Am Bahndamm in der heutigen Bartholomäus-Schink-Straße wurden 10 von ihnen ermordet, nur wenige Tage später starben an der gleichen Stelle Mitglieder der Ehrenfelder Gruppe, darunter einige jugendliche Edelweißpiraten.

Wir wollen am 7. September gemeinsam die Geschichte Ehrenfelds im Faschismus erwandern – aber nicht in Form einer Stadtführung, sondern als eine Art antifaschistisches Geoca-

ching. Das bedeutet: eine kleine Gruppe Interessierter erhält ein GPS-Gerät und folgt mit dessen Hilfe einer Route zu Orten, die Orte der Verfolgung oder des

Widerstandes waren. An einigen dieser Orte werdet ihr von Expert_innen erwartet, die Rede und Antwort stehen, die Geschichte anderer Orte erfahrt ihr mit Hilfe des Internets oder von Informationsblättern.

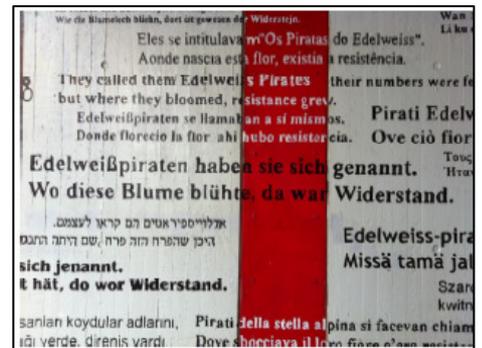
Wir werden drei Routen begehen, die sich mit dem jüdischen Leben in Ehrenfeld, der Verfolgung von Sinti und Roma und mit Jugendgruppen, die sich nicht anpassen wollten, beschäftigen. Die Dauer der Stadtteilerkundungen beträgt zwischen 1 und 2 Stunden, anschließend wollen wir uns gemeinsam im Hof des DGB-Hauses treffen, um beim Grillen über das Erfahrene zu sprechen.“

Anmeldung per Mail unter:

antonia.rabente@googlemail.com

Treffpunkt: am Jugendraum des DGB-Hauses (Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln, Innenhof)

Die Teilnahme ist kostenlos!



Zum gegenwärtigen Stand des jüdisch-christlichen Dialogs **Vortrag, Dienstag, 10. September 2013, 19.30 Uhr, Domforum**

Die Kölnische Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit und das Katholische Bildungswerk laden ein: „Am Anfang des Vortrags steht ein kurzer Rückblick auf die Dialoggeschichte des 20. Jahrhunderts und die Entwicklung eines offiziellen Austausches zwischen Judentum und Christentum nach dem Zweiten Weltkrieg. Religiöse und kulturelle Grundlagen der interreligiösen Begegnung werden analysiert, Unterschiede wie Gemeinsamkeiten der beiden Geschwisterreligionen aufgezeigt. Neben den positiven Zeugnissen

einer echten Begegnung werden auch die Rückschritte im jüdisch-christlichen Gespräch kritisch benannt und zugleich Perspektiven für den Dialog im 21. Jahrhundert entworfen. Die Referentin greift diese Fragen vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in Deutschland, in der Schweiz und in Israel auf.“

Referentin: Frau Prof. Dr. Verena Lenzen

Ort: Domforum, Domkloster 3, 50667 Köln

Eintritt: 3 Euro

Milch und Honig

Veranstaltungen im Jüdischen Kulturzentrum Köln

Milch und Honig e.V. ist ein Jüdisches Kulturzentrum im Entstehen und startet ab September mit Veranstaltungen, die es einmal wöchentlich zu verschiedenen Themen rund um das Judentum geben wird.

- **Judentum für "Dummies"**, mit Hana Fischer, jeden 1. Dienstag im Monat.

Beginn: **03.09.2013 in der Melanchthon-Akademie**

- **Jüdisch-naturphilosophisches Seminar**, mit Dr. Igor Fischer, jeden 2. Dienstag im Monat.

Beginn: **10.09.2013** in der Synagogen-Gemeinde Köln

- **Jüdische Geschichte auf russischer Spra-**

che, mit Dr. Viktor Kravets, jeden 3. Dienstag im Monat. Beginn: **17.09.2013 in der Melanchthon Akademie**

- **Hebräische / israelische Literaturabende**, mit Dr. Gundula Schiffer, jeden 4. Dienstag im Monat. Beginn: **24.09.2013** in der Synagogen-Gemeinde Köln

Die Veranstaltungen finden jeweils um 19:30 Uhr statt, in Abwechslung in der Melanchthon-Akademie und in der Synagogen-Gemeinde Köln.

Weitere Informationen:

www.milchundhonig-koeln.de

Auf dem rechten Auge blind? Was tun gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus? Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2013 **Dienstag, 17. September, 18 Uhr, DGB-Haus, großer Saal, Hans Böckler Platz, Köln**

Der ver.di Arbeitskreis Antifaschismus – Antidiskriminierung und der Verein EL-Haus e.V. laden ein: „Spätestens seit der Aufdeckung des Versagens der staatlichen Institutionen nach Bekanntwerden der rassistischen Mordserie des sog. „NSU“ fragen sich nicht nur die seit langem in dieser Angelegenheit engagierten Bürger/innen, wie ernst nehmen der Staat und die Politik tatsächlich die Gefahren von rechts? Was ist nötig an Präventionsarbeit im Bereich von Antisemitismus, Rassismus,

Rechtsextremismus? Darüber diskutieren wir mit folgenden Kölner Kandidat/innen für die Bundestagswahl:

Gisela Manderla, CDU
Elfi Scho-Antwerpes, SPD
Hans H. Stein, FDP
Berivan Aymaz, Bündnis 90/Die Grünen
Matthias W. Birkwald, Die Linke

Moderation: Helmut Frangenberg

Anders als du glaubst

Theaterstück, Donnerstag, 26. September 2013, 19 Uhr Düren

Das Dürener Bündnis gegen Rechtsradikalismus, Rassismus und Gewalt lädt ein: „Eine fromme Muslima, eine gläubige Christin, ein gottesfürchtiger Jude, ein linker Atheist und ein eingefleischter Skeptiker. Ausgerechnet sie finden sich gemeinsam nach einem tödlichen Anschlag im postmortalen Niemandsland. Ist es die Vorhölle? Ist es der Weg ins Paradies?“

Natürlich streiten sie, wie auf Erden so im Himmel. Bis sie merken: Es gibt eine gemeinsame Aufgabe. Und so machen sie sich auf. Eine abenteuerliche Reise führt sie zu den irdischen, menschen gemachten Orten der Hölle. Denn wie steht es im Koran? „Allah verändert nicht den Zustand der Menschen, bis sie selbst ihren eigenen Zustand verändern!“ Mit einfachsten Mitteln, viel Fantasie und großer Spiellaune nehmen sie den Zuschauer mit durch alle Höhen und Tiefen einer abenteuerlichen Reise.“

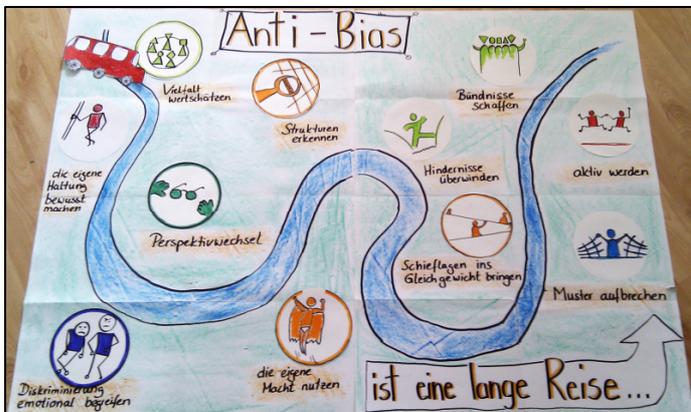
Eintritt: 10 Euro,
erm. 5 Euro
Ort: Aula Stift. Gymnasium, Düren

Dieses Theaterstück ist die Auftaktveranstaltung zur Aktion „Engel der Kulturen“. Weitere Informationen dazu unter:

<http://www.duerener-buendnis.de/>



Einführung in den Anti-Bias-Ansatz – Diskriminierung im Praxisfeld Schule Seminar, Mittwoch, 26. September 2013, 9.30 Uhr, Köln



Das DGB Bildungswerk NRW lädt ein: „Der Anti-Bias-Ansatz ist ein erfahrungsorientierter Ansatz der Anti-Diskriminierungsarbeit. Das englische Wort „Bias“ bedeutet dabei „Voreingenommenheit“ oder „Schieflage“, „Anti-“ die aktive Haltung dagegen.“

Diskriminierungen werden dabei nicht als Resultat von Vorurteilen und Zuschreibungen Einzelner verstanden, sondern die eigenen Wahrnehmungs- und Handlungsmuster werden immer im Kontext von gesellschaftlichen Machtverhältnissen und den vorherrschenden Bildern, Stereotypen, Bedeutungen und Bewertungen betrachtet. Methodisch setzt der Workshop auf interaktive Vorgehensweisen über (Selbst)-Reflexion und Austausch in Ein-

zelarbeit, in Kleingruppen und der gesamten Gruppe.

Der Tagesworkshop ist als ein erstes Kennenlernen des Ansatzes gedacht und umfasst die folgenden Punkte:

- Vorstellung des Anti-Bias-Ansatzes
- Vorstellung und Diskussion des erfahrungsorientierten Diskriminierungsmodells
- Reflexion und Austausch zum machtkritischen Denken und Handeln im Kontext Schule
- Anstöße für ein diversitäts- und vorurteilsbewusstes Denken und Handeln sowohl auf persönlicher Ebene als auch im Kontext Schule.“

Zielgruppe: Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen

ReferentInnen: Katharina Feyrer (Multiplikatorin für den Anti-Bias-Ansatz) und Aleksej Urev (Multiplikator der Anti-Bias-Werkstatt)

Seminarnummer: D17-138101-195

Seminarkosten: 60,00 Euro (inkl. Verpflegung)

Anmeldung unter: <http://www.dgb-bildungswerk-nrw.de/seminare/seminareinkooperationmitgewerkschaften/gew/>

Schule der Vielfalt Beeindruckende Plakatentwürfe



Das Projekt „Schule der Vielfalt – Schule ohne Homophobie“ teilt mit: „Wir freuen uns über beeindruckende Plakatentwürfe von Schüler_innen, um in den Schulen in Nordrhein-Westfalen für mehr Akzeptanz gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Trans*Menschen zu werben.

Ermittelt wurden die Plakate durch einen Plakatwettbewerb, der vor einem halben Jahr von der Schülervertretung (SV) am Kölner Richard-Riemer-schmid-Berufskolleg initiiert wurde. Ca. 100 Schüler_innen der Gestaltungsklassen haben an dem Wettbewerb teilgenommen. Im

Unterricht haben sie sich über die Themen „Homosexualität“ und „Homophobie“ informiert. Die Plakate der vier Gewinner_innen In der Aula des Richard-Riemerschmid-Berufskollegs (RRBK) in Köln wurden die vier Gewinner-Plakate des Plakatwettbewerbs prämiert. Die Gewinner_innen sind Anne Hoffstadt, Aline Kautz, Sabrina Klicker und Adrian Petrasch. Es ist daran gedacht, ihre Plakate wie auch eine Auswahl von über 20 weiteren Entwürfen von Schüler_innen an verschiedenen Orten wie dem Schulministerium NRW auszustellen.“

Die Plakate in einer online-Galerie unter: www.schule-der-vielfalt.de/Plakat-Wettbewerb/album/index.html

„Einstieg zum Ausstieg“

Die Ausstiegsberatung NinA NRW kann weitermachen

Das Projekt NinA – Neue Wege in Ausbildung und Arbeit teilt mit: „Wir freuen uns, Ihnen bzw. Euch mitteilen zu können, dass wir durch die finanzielle Förderung des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen unsere Aussteigerberatung zunächst bis Ende des Jahres fortführen können. Neu ist der Name „NinA NRW“, der verdeutlicht, dass wir jetzt NRW-weit tätig sind.

NinA NRW ist ein Projekt, das Jugendliche und Erwachsene beim Ausstieg aus der rechten Szene unterstützt. Durch permanente Beratung, individuelle Einzelfallhilfe, insbesondere Coaching hinsichtlich der Integration in den Arbeitsmarkt soll eine soziale und kulturelle Neuorientierung ermöglicht werden, um rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken. Nur so kann den jungen Menschen die Möglichkeit eröffnet werden, sich von ihrer Perspektivlosigkeit zu verabschieden sowie sich von alten „Freunden“ zu lösen. Aufgabe ist es hier, die Eigenverantwortung nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu stärken.

Darüber hinaus streben wir eine Sensibilisierung in Bezug auf das Thema Rechtsextremismus an. Durch Workshops an Schulen werden Jugendliche und Erwachsenen ohne rechtsextreme Tendenzen oder noch gering ausgepräg-

ter Rechtsaffinität die Gefahren des Rechtsextremismus deutlich gemacht, um sie vor dem möglichen

Abgleiten in die rechte Szene zu bewahren. Durch Fachveranstaltungen werden Multiplikatoren und Eltern im Erkennen von rechtsaffinen bzw. rechtsextremen jungen Menschen und im Umgang mit ihnen sensibilisiert sowie über weitere Beratungs- und Anlaufstellen informiert. Beim weiteren landesweiten Ausbau der Netzwerkstrukturen werden verstärkt Betriebe, Gewerkschaften sowie Vertrauensleute in den Betrieben mit einbezogen.“

Kontakt:

Petra Franetzki
Sozialpädagogische Begleitung
RE/init e.V.

Am Steintor 3
45657 Recklinghausen
Tel.: (0 23 61) 30 21 347
Fax: (0 23 61) 30 21 444

<http://www.ausstieg-zum-einstieg.de/index.php>



„Aktiv für Demokratie und Toleranz“ 2013 Jetzt beim Wettbewerb mitmachen

Zum 13. Mal schreibt das Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt (BfDT) in diesem Jahr den Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ aus: „Den Gewinnern winken Geldpreise im Wert von 2.000 bis 5.000 Euro und eine verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit. Damit unterstützt das von der Bundesregierung gegründete BfDT zivilgesellschaftliche Aktivitäten im Bereich der praktischen Demokratie- und Toleranzförderung. Demokratie bedeutet, sich in die eigenen Angelegenheiten im Land einzumischen; sie beginnt in der Familie, in der Schule, in der Freizeit. Wir wollen Einzelpersonen und Gruppen, die dort und anderswo das Grundgesetz auf kreative Weise mit Leben füllen, für ihr Engagement würdigen.

Was sind die Ziele des Wettbewerbs?

Mit dem Wettbewerb „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ wollen wir

- Ihre ehrenamtliche, zivilgesellschaftliche Arbeit vor Ort für die breitere Öffentlichkeit sichtbar machen,
- übertragbare Beispiele identifizieren und zur Nachahmung empfehlen, die Vielfalt und die Qualität Ihrer Arbeit würdigen,
- durch Ihr Beispiel guter Praxis andere Interessierte inspirieren und anregen, selbst tätig zu werden,
- dazu beitragen, Ihr Know-How für andere Interessierte nutzbar zu machen,
- dazu beitragen, Ihr Projekt/ Ihre Initiative mit anderen zu vernetzen,
- den Transfer von Wissen und Kreativität untereinander befördern.

In der Rubrik „Vorbildliche Projekte“ auf unserer Homepage finden Sie die Preisträger der ver-

gangenen Jahre, um sich einen Eindruck von den Gewinnern machen zu können.

Welche Aktivitäten werden ausgezeichnet?

Grundsätzlich sind der Kreativität keine Grenzen gesetzt. Wir suchen vorbildliche und nachahmbare zivilgesellschaftliche Aktivitäten aus dem gesamten Bundesgebiet. Dabei geht es nicht darum, die „einzigartige Aktion“ zu finden, sondern wir wollen die Vielfalt der geeigneten Maßnahmen zeigen. Wichtig ist, dass es sich um bereits durchgeführte Projekte und Initiativen handelt. Außerdem sollten sich die eingereichten Projekte in den Themenfeldern des BfDT bewegen: Demokratie, Toleranz, Integration, Gewaltprävention, Extremismus, Antisemitismus.

Wir suchen zum Beispiel Projekte,

- die sich mit den Phänomenen und zivilgesellschaftlichen Handlungsformen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit besonders im ländlichen Raum beschäftigen,
- die sich mit dem Phänomen Rechtsextremismus, hier besonders mit Blick auf die versuchte Einflussgewinnung von Rechtsextremisten und die Sensibilisierung für solche Phänomene beschäftigen,
- die sich gegen den politischen Extremismus, gegen antisemitische Vorurteile oder die Diskriminierung von Minderheiten wenden,
- zur Förderung von Integration, insbesondere mit der Ausrichtung der aktiven Beteiligung der Aufnahmegesellschaft beitragen,
- zur Gewaltprävention und Stärkung von Zivilcourage beitragen.

Weitere Informationen: <http://www.buendnis-toleranz.de/cms/beitrag/10035519/425892/>

Finanzierung der Projektarbeit gegen Rechtsextremismus Akquisos-Newsletter gibt Tipps

Die Bundeszentrale für politische Bildung teilt mit: „Die Bedeutung und Notwendigkeit von Projekten und Initiativen gegen Rechtsextremismus ist unbestritten und wird durch zahlreiche öffentliche und private Fördergeber finanziell unterstützt.

Aber auch in diesem Feld stehen Organisationen, Initiativen und Projekte vor der Herausforderung, mit einem erfolgreichen Antragsmanagement oder Instrumenten des Fundraisings Mittel für ihre Vorhaben zu akquirieren. Wie in vielen Bereichen der politischen Bildungs- und Präventionsarbeit ist das nicht immer leicht,

gerade für kleinere und überwiegend ehrenamtlich getragene Projekte und Initiativen. Wir haben daher den Versuch unternommen, eine umfangreiche Liste möglicher Förderungen zusammenzustellen. Auf Bundesebene ist das noch durchaus überschaubar; für die 16 verschiedenen Landesstrukturen hingegen kann dies nur ein erster Überblick sein, der Anknüpfungspunkte für die weitere individuelle Recherche bietet.“

Der Newsletter online:

<http://www.bpb.de/partner/akquisos/166834/akquisos-newsletter-projekte-gegen-rechts>

Zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Rechtsextremismus ausbauen

Pressemitteilung der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir eine Presseerklärung der Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung und der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus zur Veröffentlichung des NSU-Abschlussberichtes des Deutschen Bundestages:

„Während der Abschlussbericht vorgestellt wird, steigt die Zahl rechtsextremer Straftaten. Rund 17 600 politisch rechts motivierte Straftaten alleine im Jahr 2012 – das sind 48 Straftaten pro Tag. Dies sowie die Aufdeckung des NSU-Terrors machen die gewalttätige und tödliche Dimension von Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland sichtbar und stellt Präventionsarchitektur sowie demokratische Zivilgesellschaft vor große Herausforderungen.

Die Empfehlungen im gemeinsamen Teil des NSU-Abschlussberichtes des Deutschen Bundestages (Abschnitt VII. Kontinuierliche Unterstützung für Demokratieförderung) sind richtungsweisend und müssen unverzüglich in die Praxis überführt werden.

Dabei sollte die kommende Bundesregierung ihr besonderes Augenmerk auf die Schaffung einer sinnvollen Programmstruktur, die die aktuelle Zerfaserung beendet, legen und mindestens eine Verdoppelung der heutigen Förderung auf 65 Mio. € vornehmen. Im NSU-Abschlussbericht heißt es dazu: „Doch rassistische Gewalt und vielfältige neonazistische Aktivitäten sind ein gesamtdeutsches Problem von dessen Ausmaß in den westlichen Bundesländern sich der Ausschuss ein eindrückliches Bild verschaffen konnte. Allerdings fehlen hier, mit den in den ostdeutschen Ländern vergleichbare flächendeckende Beratungsstrukturen [...]. Das ist auch unter Berücksichtigung der Unterschiede bei den Pro-Kopf-Fallzahlen rechtsextremer und rassistischer Gewalt zu wenig.“

Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, endlich eine kontinuierliche, flächendeckende und dauerhafte Ausgestaltung der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Arbeit in ganz Deutschland auf „bundesgesetzlicher Basis“ zu beginnen. „Gesellschaftliche Projekte, die sich der Wahrnehmung dieser Verantwortung in besonderer Weise annehmen, bedürfen eines gewissen Maßes an Finanzierungssicherheit. Diese wäre auf

bundesgesetzlicher Basis auch unter Einbeziehung der Länder zu gewährleisten.“ Die Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses, endlich die Programmgestaltung mit den Initiativen und Projekten gemeinsam umzusetzen, wird die Programme zielgenauer, qualitativer und vor allem mehr an den Bedürfnissen der Beratungsnehmer_innen und Initiativen entlang orientieren können.

Das Unvermögen staatlicher Behörden und Strukturen im Erkennen des NSU, in der Verhinderung der Aufklärung und dem Vertuschen von eigenen Fehlern ist im NSU-Abschlussbericht erschreckend klar dokumentiert. Deshalb sind Ausbau und Zentralisierung staatlicher Strukturen und Behörden, als bisher einzige erkennbare Reaktion des Staates auf die NSU-Morde, der falsche Weg. Mit einer starken, thematisch aktuellen und gut vernetzten Zivilgesellschaft kann dauerhaft für menschenfeindliche Einstellungen und Rassismus sensibilisiert und damit dem Rechtsterrorismus der Boden entzogen werden.

Wir sind es den Opfern rechter Gewalt und ihren Hinterbliebenen schuldig, dass sowohl Staat als auch Zivilgesellschaft aus den Fehlern beim Erkennen und Aufklären der NSU – Mordserie lernen. Deshalb fordern wir eine Diskussion, die nicht allein rechten und rassistischen Terror, sondern auch Rassismus in staatlichen, medialen und gesellschaftlichen Institutionen und Diskursen zum Thema macht. Verdeckte und offene Formen des institutionellen Rassismus auch zu benennen, hätten wir uns vom Bericht deutlicher erhofft!“

Für die Bundesarbeitsgemeinschaft Demokratieentwicklung:

Grit Hanneforth (0173 – 8627662) und Timo Reinfrank (0162 – 3237095)

Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus: Friedemann Bringt, Geschäftsführer (0176-61956129)“

Der Abschlussbericht online unter:

http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/ua/2untersuchungsausschuss/Vorl_ufer_Bericht/Vorl_ufiger_Bericht.pdf

Die Fallstricke der Berichterstattung

ÖGG veröffentlicht Leitfaden für Journalisten und Journalistinnen



Der Verein Öffentlichkeit gegen Gewalt veröffentlicht einen rassistiskritischen Leitfaden für JournalistInnen: „Sprache schafft Wirklichkeit. Diese Überschrift trägt der neu erschienenen Leitfaden für einen rassistiskritischen Sprachgebrauch zur Handreichung für JournalistInnen, den das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. nun herausgegeben hat.

Auf 52 Seiten beleuchtet die Handreichung die Berichterstattung über unterschiedliche Personengruppen und gibt praxisnahe Tipps, wie man versehentliche Diskriminierungen vermeiden kann. Sie zeigt auch, wie die vorherrschenden Bilder über Schwarze Menschen, Sinti und Roma sowie muslimische Menschen entstanden sind. „Sprache kann gewaltvoll und verletzend sein,“ erklärt Ilka Simon, Referentin und Koordinatorin für Antidiskriminierungsarbeit des ADB Köln. „Der Leitfaden soll interessierten Journalistinnen und Journalisten dabei helfen, eigene Bilder und Vorgehensweisen zu hinterfragen und so verletzender Sprache keinen Raum zu geben.“ Dabei klage der Leitfaden nicht an, sondern gebe Denkanstöße und praktische Handlungsanweisungen, so Simon. In Kürze erscheint auch ein kleines Glossar, wel-

ches diskriminierende Begrifflichkeiten benennt und mögliche Alternativlösungen anbietet.

Die Veröffentlichung der Broschüre wurde durch die Kooperation mit der Heinrich Böll Stiftung NRW sowie durch finanzielle Mittel der Stadt Köln, der Amadeu Antonio Stiftung sowie des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V. ermöglicht.

Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln in Trägerschaft des Vereins Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V., setzt sich seit 1995 aktiv dafür ein, eine Kultur der Gleichbehandlung zu verwirklichen. Das Büro berät und begleitet Menschen, die von Ausgrenzung und Benachteiligung betroffen sind, und ermutigt diese, für ihre Rechte einzustehen.“

Der Leitfaden kann unter www.oegg.de/index.php?de_ab-2008 heruntergeladen werden oder unter folgender Adresse gegen Porto oder eine freiwillige Spende bestellt werden:

AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln
Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.
Berliner Str. 97-99
51063 Köln
Tel. 0221/96476300
E-Mail: info@oegg.de

Ansprechpartnerin:
Ilka Simon
Tel.: 0221-96476300
Email: ilka.simon@oegg.de

Recht gegen Rechte

Broschüre zu Justiz und Gesetzgebung gegen Alt- und Neunazis seit 1945

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat in der Reihe Impulse gegen Rechtsextremismus ein neues Heft veröffentlicht. Aus der Einleitung: „Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg musste sich die Bundesrepublik juristisch mit dem Rechtsextremismus auseinandersetzen. Zunächst ging es vor allem um die rechtliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus, bald kamen jedoch neue Herausforderungen im Zusammenhang mit einem modernisierten Rechtsextremismus dazu. In verschiedenen Bereichen des Rechts

wird immer noch diskutiert, wie man in einem demokratischen Rechtsstaat unter Beachtung von Grundrechten wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit gegen Demokratiefindlichkeit vorgehen sollte. Die Fachtagung „Recht gegen Rechte“ der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Forum Justizgeschichte am 6. Mai 2013 in Berlin lieferte einen wichtigen Beitrag zu dieser Diskussion.“

Die Broschüre als pdf online unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10174.pdf>

Weltbild Antisemitismus

Broschüre der Bildungsstätte Anne Frank

Die Jugendbegegnungsstätte Anne Frank hat unter ihrem neuen Namen Bildungsstätte Anne Frank die Broschüre „Weltbild Antisemitismus – didaktische und methodische Empfehlungen für die pädagogische Arbeit in der Migrationsgesellschaft“ veröffentlicht: *„Die Handreichung richtet sich an Lehrer_innen und Multiplikator_innen der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Sie zeigt Wege auf, wie mit antisemitischen Äußerungen und Haltungen pädagogisch umgegangen werden kann. Neben didaktischen und methodischen Anregungen zu Handlungsstrategien werden praktische Tipps für die Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Kontext von Nahost-Konflikt sowie Globalisierungs- und Kapitalismuskritik ge-*

ben. Darüber hinaus beinhaltet die Handreichung Hintergrundinformationen zu den verschiedenen Formen des Antisemitismus.“

Weitere Informationen:

Jugendbegegnungsstätte Anne Frank e.V.
Hansaallee 150
60320 Frankfurt am Main
Tel: 0 69 / 5 60 00-20
Fax: 0 69 / 5 60 00-250

Die Broschüre im Internet unter:

http://www.ibs-anne-frank.de/fileadmin/user_upload/Slider/Publikationen/Broschuere_Weltbild_Antisemitismus.pdf

Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden

Neuer Report der Amadeu Antonio Stiftung



Die Amadeu Antonio Stiftung teilt mit: *„Über viele Jahre wurde der Rechtsextremismus systematisch unterschätzt und allenfalls reflexhaft der Osten als „braun“ wahrgenommen. Der Report „Staatsversagen“ untersucht nun beispielhaft die Zustände in zehn Orten aus sechs westdeutschen Bundesländern. Viel stärker noch als im Osten*

dokumentiert er die Bagatellisierung der alltäglichen rechten Gewalt durch Polizei, Justiz und Politik. Dem gegenüber steht das jahrelange beispielhafte Engagement von zahlreichen Initiativen gegen Rechtsextremismus, die dennoch alleingelassen und diskreditiert werden. Betroffene werden nicht ernst genommen, Behörden ermitteln einseitig. Der Terror des

NSU kann und darf nicht ohne diesen Kontext betrachtet werden.

„Quer durch die Republik machen es Polizei, Justiz und Politiker rechten Demokratiefeinden allzu einfach, immer mehr gesellschaftlichen Raum einzunehmen, indem sie demokratische Werte nur halbherzig verteidigen,“ so das Fazit der Autorin Marion Kraske. „Auch dort, wo man sich lange Zeit immun glaubte: Im Westen der Republik.“

Bestellen und Lesen im Internet:

„Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland.“
Amadeu Antonio Stiftung, bebildert, 44 Seiten, ISBN 978-3-940878-14-4

Der Report „Staatsversagen“ knüpft an seinen Vorgänger „Das Kartell der Verharmloser“ an.. Beide Publikationen stehen zum Download bereit: www.amadeu-antonio-stiftung.de/staatsversagen

Für Nachfragen erreichen Sie
Diana Buhe unter 030 – 24088610
oder Timo Reinfrank unter 0162 – 1062418.

Am rechten Rand

Rechtsextreme Parteien zur Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl am 22. September kandidieren gleich mehrere rechtsextreme Parteien: So konkurrieren sowohl die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), „Die Republikaner“ (REP), die „Bürgerbewegung pro Deutschland“ und „Ab jetzt... Demokratie durch Volksabstimmung – Politik für die Menschen (Volksabstimmung)“ als auch die neugegründete „Die Rechte“ um die Gunst der WählerInnen. Insgesamt stellen sich 18 Parteien zur Wahl.

Die rechtsextremen Parteien sind in NRW vor allem über die Zweitstimme wählbar. Einzig die NPD ist in 47 von 64 Wahlkreisen mit DirektkandidatInnen vertreten. Ihr gereichte zum Vorteil, dass sie als Partei, die über zwei Landtagsfraktionen verfügt, keine Unterstützungsunterschriften für ihre KandidatInnen sammeln musste. Dennoch gelang es der Neonazi-Partei nicht, flächendeckend KandidatInnen zu gewinnen. Dies zeigt sich auch in Köln. Manche Wahlkreise mussten mit auswärtigen Mitgliedern besetzt werden, da der örtliche Personalstamm der Partei offenbar zu dünn ist.

Die REP sind nur in drei Wahlkreisen mit der Erststimme wählbar. Die „Volksstimmung“ hat lediglich im Rhein-Sieg-Kreis zwei Kandidaten benannt, darunter ihren Bundesvorsitzenden Helmut Fleck. In Siegburg befindet sich auch der Sitz der rechten Kleinstpartei. „Die Rechte“

und „Pro Deutschland“ hatten keine DirektkandidatInnen aufgestellt.

Thematisch setzten NPD und „pro Deutschland“ im Wahlkampf vor allem auf Hetze gegen Asylsuchende, Muslime und MigrantInnen. Gegen ein NPD-Plakat mit der Aufschrift „Geld für Oma statt für Sinti & Roma“ wurden mehrere Strafanzeigen wegen Volksverhetzung gestellt. Beide Gruppierungen wollen im Rahmen von „Deutschlandfahrten“ mit kleinen Kundgebungen in den Städten Präsenz zeigen. „Die Rechte“ verzichtet weitestgehend auf klassische Wahlwerbung und will stattdessen zwei als „Wahlkampfveranstaltungen“ bezeichnete Aufmärsche in Dortmund und Wuppertal durchführen.

Aller Voraussicht nach haben die Rechtsaußen-Parteien keine Aussichten auf durchschlagende Erfolge. REP, NPD, „pro Deutschland“ und „Die Rechte“ machen sich gegenseitig Konkurrenz, weil sie mit ähnlichen Themen und Parolen dasselbe WählerInnenreservoir ansprechen. Bei der letzten Bundestagswahl im Jahr 2009 – damals kandidierten nur drei rechtsextreme Parteien – kamen diese zusammen genommen auf 1,3 Prozent. Am besten schnitt 2009 noch die NPD mit 0,9 % (88.690 Stimmen) ab.

NPD-Wahlkampftour machte Station am Rhein

Lautstark empfingen am 21. August 2013 rund 100 GegendemonstrantInnen um 11 Uhr das „NPD-Flaggschiff“ auf dem Kölner Heumarkt. Mit dem „Flaggschiff“ waren 13 NPD-Anhänger angereist, darunter mehrere prominente Funktionäre aus verschiedenen Bundesländern. Die Kundgebung verlief ohne besondere Störungen. Auch in der Nachbarstadt Leverkusen machte das „Flaggschiff“ am Mittwoch halt.

Martialischer NPD-Ordnerdienst

Ausgerüstet mit Trillerpfeifen und Megaphonen sorgten die Kölner AntifaschistInnen dafür, dass die NPD-Redner PassantInnen nur schwer erreichen konnten. Aufmerksam wurden diese stattdessen auf die zahlreichen Transparente und Schilder der Gegendemonstration. Wenn sie doch einmal einen Blick auf den von Polizeifahrzeugen umstellten Kundgebungsort werfen konnten, fielen die martialisch wirkenden, schwarz gekleideten NPD-Securitys ins Auge.

Gemeinsam mit sieben weiteren Personen gehörte auch der Vorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Andy Knappe, dem NPD-Schutz an.

Ausgerüstet mit Handschuhen, Funksprechanlagen und Regenschirmen sollten sie wohl die Sicherheit der Redner garantieren. Die Regenschirme wurden in anderen Städten vor allem dazu benutzt, geworfenes Obst und Eier aufzuhalten. Wohl auch deshalb war ein von dem Berliner Sebastian Schmidtke aufgestellter Camcorder während der Kundgebung in Richtung der Gegendemonstration gerichtet. In Köln kam es jedoch zu keinen Würfen oder Angriffen auf die rechte Versammlung.



Rassistische Hetze

Als Redner traten der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen NPD, Claus Cremer, der Münchner Stadtrat Karl Richter (Bürgerinitiative Ausländerstopp) und der Berliner Landesvorsitzende Sebastian Schmidtke ans Mikrofon. In seiner Rede kam Cremer auf eine Vielzahl typischerweise von der NPD besetzter Themen zu sprechen: "Massenarbeitslosigkeit", "Überfremdung", "sozialer Niedergang", "eine kaum aufzuhaltende Asylantenflut". Richter schlug in seiner Rede einen dezidiert rechtspopulistischen Ton an, indem er gegen andere Parteien wetterte und die NPD als einzige politische Kraft präsentierte, die die Interessen der BürgerInnen repräsentiere. Der Berliner Schmidtke widmete sich in seiner Rede den Themen Zuwanderung, Asyl und multikulturelles Zusammenleben in Deutschland. Mit dem als "Flaggschiff" bezeichneten LKW, einem Kleinbus und einem PKW verließen die Rech-

Pro Deutschland auf Tour

Ebenfalls auf Wahlkampftour ist die Partei „pro Deutschland“ des ehemaligen pro Köln-Ratsmitglied Manfred Rouhs. Das Ziel dieser Kundgebungen ist es, nach eigenen Angaben „die dunklen Orte unseres Landes“ zu besuchen. Auf der eigens geschalteten Internetseite zur „Bundestagswahltour“ heißt es: „Wir gehen da hin, wo es weh tut, wo das Scheitern der Altparteien offensichtlich geworden ist. Hier kollidiert ihre schöne, bunte Multi-Kulti-Welt mit dem wirklichen Leben. Radikale Islamisten und ihre einheimischen Helfer bedrohen unsere

Ritualisierte NS-Nostalgie

Wie jedes Jahr fanden auch 2013 anlässlich des Todestages von Rudolf Hess am 17. August zahlreiche Propaganda-Aktionen der Neonazi-Szene im Regierungsbezirk Köln statt. Die Neonazi-Webseite „Wacht am Rhein“ berichtet von Sprühaktionen im Kölner Raum „zu Ehren von Rudolf Hess“. Wie immer wird dabei die Legende bemüht, der Hitler-Stellvertreter habe keinen Selbstmord begangen, sondern sei ermordet worden. So wurde beispielsweise ein großflächiges Graffiti mit dem entsprechenden Text „Mord an Hess“ in Pulheim in der Nähe der DITIB-Moschee gesprüht.

Auch im Oberbergischen fanden sich Graffiti und Transparente, die Bezug auf Rudolf Hess' Todestag nehmen. Verantwortlich zeichnet die dortige Kameradschaft der „Freien Kräfte Oberberg“. Auf ihrer Webseite bekennen sie sich offen zu dem ehemaligen Nationalsozialisten und bezeichnen seinen Tod als „Verbrechen

ten nach etwa einer guten Stunde den Heumarkt Richtung Norden.

Halt in Leverkusen und Siegburg

Nächste Station war der Friedrich-Ebert-Platz in Leverkusen. In gleicher Besetzung angereist, traf die NPD hier auf keine Gegendemonstration. Nur PassantInnen zeigten spontan ihren Protest durch Zwischenrufe. Davon abgesehen ähnelte der Ablauf jenem in Köln stark. [...]

Als letzte Station in NRW machte das "NPD-Flaggschiff" am 22.08.2013 Halt in Siegburg. Insgesamt 14 NPD-AnhängerInnen waren am Morgen in die Stadt im Rhein-Sieg-Kreis gekommen. Knapp 100 GegendemonstrantInnen erwarteten sie dort bereits an den weiträumig aufgestellten Absperrgittern der Polizei. Die Kundgebung verlief friedlich, doch unter lautem Protest. (mb)

Zuerst erschienen auf:

<http://nrwrex.wordpress.com/>

Freiheit!“ Zu diesen Orten zählt „pro Deutschland“ in Köln neben der DITIB-Zentralmoschee in Ehrenfeld auch die Abu-Bakr-Moschee in Zollstock, das alternative Wohnprojekt LC 36 und das Kölner AZ am Eifelwall. Alle diese Orte wurden am Samstag den 31. August angesteuert. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Initiativen rief zu Gegenprotesten auf. Einen ausführlichen Bericht finden Sie unter:

<http://www.mbr-koeln.de/2013/09/03/wahlkampfkundgebungen-pro-deutschlands-ohne-erfolg/#more-2939>

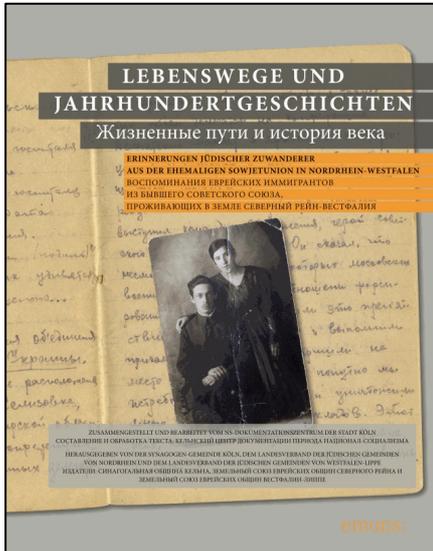
der „Befreier“ und seinen Selbstmord als „anti-deutsche Verleumdung“.

Bereits Ende Juli huldigten Neonazis einem weiteren NS-Kriegsverbrecher: In Pulheim befestigten Aktivisten der Partei „Die Rechte“ ein Transparent mit der Aufschrift „Freiheit für Erich Priebke“ an einer Autobahnbrücke. Grund war der 100.Geburtstag des ehemaligen SS-Offiziers, der wegen der Erschießung von 335 Zivilisten in Italien dort 1999 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt worden war. Seit seinem Prozess in den 1990er Jahren avancierte Priebke zu einem Held der Neonazi-Szene. Die Aktion war Teil einer bundesweiten Neonazi-Kampagne zum Geburtstag Priebkes.

Auch für die Bundestagswahl wirbt „Die Rechte“ mit dem Konterfei Priebkes und dem Slogan „ältester Kriegsgefangener der Welt“. (fe)

Neu in der Bibliothek

Lebenswege und Jahrhundertgeschichten. Erinnerungen jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen UdSSR in NRW



Seit Beginn der 1990er Jahre haben über 200.000 Menschen jüdischer Herkunft die frühere Sowjetunion verlassen, um nach Deutschland einzuwandern. Zehntausende kamen nach Nordrhein-Westfalen und belebten auf unverhoffte Weise die jüdischen

Gemeinden. Vor allem die älteren jüdischen Zuwanderer brachten vielfältige Erinnerungen und historische Erfahrungen mit nach Deutschland. Sie waren im sowjetischen Regime aufgewachsen, haben unter dem Stalinismus gelitten – und sie überlebten mit Glück den Krieg und den nationalsozialistischen Völkermord.

Das Projekt „Lebenswege und Jahrhundertgeschichten“ verleiht diesen Menschen eine Stimme. Auf Initiative der Synagogengemeinde Köln und der Landesverbände der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein und Westfalen-Lippe hat das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln 40 Menschen der Jahrgänge 1911 bis 1938 interviewt, die als „jüdische Zuwanderer“ nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind. Sie erzählten vor der Kamera ihre Lebensgeschichten: von den Zeiten nach der Russischen Revolution bis zu den Erfahrungen in Deutschland heute.

Die Erinnerungen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sind geprägt von persönlichem Leid. Sie geben unmittelbar Einblick in die Verbrechen des NS-Regimes und die Erfahrung des Krieges. Sie zeigen die Ausgrenzung im Sowjetregime und die ständige Konfrontation mit Antisemitismus. Sie vermitteln aber auch individuelle Lebenswege und persönliche Blickwinkel, handeln vom „glücklichen Überleben“ und Selbstbehauptung, von der Notwendigkeit des Neuanfangs und der Bereitschaft, noch im Alter einen neuen Lebensabschnitt in Deutschland

zu beginnen. Die Lebensgeschichten stellen nicht nur einen wichtigen Beitrag zur jüdischen Geschichte dar, sondern zur Geschichte eines ganzen Jahrhunderts.

Das Projekt „Lebenswege und Jahrhundertgeschichten“ veröffentlicht die Erinnerungen der jüdischen Zuwanderer auf zweierlei Weise. Zum einen ist ein Buch entstanden: Es enthält die Biografien der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Ausschnitte der geführten Interviews, ausgewählte Fotos und Dokumente sowie fotografische Porträts der jüdischen Zuwanderer – es setzt diesen Menschen gewissermaßen ein Denkmal und liefert historische Hintergrundinformationen zu den Lebensgeschichten.

Um ein breiteres und jüngeres Publikum anzusprechen, wurde darüber hinaus auch ein Internetauftritt eingerichtet. Er präsentiert die für das Projekt geführten Videointerviews und zeigt die Erzählungen der Zeitzeugen in ihrer ganzen Komplexität – mit insgesamt über 50 Stunden Filmmaterial.

Beides – Buch und Internet – sind in deutscher und russischer Sprache gehalten. So sollen möglichst viele Menschen in den Herkunftsländern und dem heutigen Lebensumfeld der Zeitzeugen von ihren Geschichten erfahren.

Buch:

Lebenswege und Jahrhundertgeschichten. Erinnerungen jüdischer Zuwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion in Nordrhein-Westfalen.

Zusammengestellt und bearbeitet vom NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Herausgegeben von der Synagogen-Gemeinde Köln, dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein und dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Westfalen-Lippe.

Aufgezeichnet von Ursula Reuter und Thomas Roth. Mit Porträts von Anna C. Wagner.

Köln: Emons Verlag 2013.

544 S., zahlr. Abb., Sprache: Deutsch und Russisch, 39,95 Euro

ISBN 978-3-95451-226-3

Internet:

www.juedische-lebensgeschichten.de

Impressum

Redaktion: Hans-Peter Killguss

Info- und Bildungsstelle
gegen Rechtsextremismus
Appellhofplatz 23-25
50667 Köln

Tel.: 0221 - 221 27963
Fax: 0221 - 221 25512
E-Mail: ibs@stadt-koeln.de
www.nsdok.de/ibs

